Albert Schäfer

Umsturz oder genossenschaftlicher Aufbau
F. W. Raiffeisens Stellungnahme zu sozialistischem Gedankengut

Für die Herausbildung der politischen Parteien in Deutschland im 19. Jahrhundert können in der Hauptsache drei Gründe genannt werden: die fortschreitende Entwicklung des freiheitlich demokratischen Gedankengutes, der sich entfaltende Parlamentarismus und die Veränderung der Arbeitswelt in Folge der zunehmenden Industrialisierung.
Reaktionen auf die industrielle Entwicklung erfolgten von unterschiedlicher Seite: 1848 veröffentlichen Karl Marx und Friedrich Engels in London das „Manifest der Kommunistischen Partei". Sie propagieren darin den Klassenkampf, die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, die proletarische Revolution und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als den geeigneten Weg zur Lösung der enormen sozialen Defizite ihrer Zeit, unter denen vor allem die durch nichts abgesicherte Arbeiterklasse zu leiden hatte. 1875 verbindet sich der von Ferdinand Lassalle gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" mit der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geschaffenen Sozialdemokratie und nennt sich fortan „Sozialistische Arbeiterpartei". Deren grundlegendes Gedankengut resultiert aus der Marx`schen Ideologie, die den Umsturz bestehender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse als unabdingbar erachtet. *„Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus"* und *„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"* schreibt Karl Marx als ersten bzw. letzten Satz in seinem „Kapital". Das ist Drohung und Aufruf zum Umsturz der bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zugleich. 1864 hatte Karl Marx in Sorge um die Verfasstheit der Gesellschaft in der „Internationalen Arbeiterassoziation" Schutz, Fortschritt und vollständige Emanzipation für die Arbeiterklasse gefordert.
Und F. W. Raiffeisen?
Sieht man vom gemeinsamen Geburtsjahr 1818 von Marx und Raiffeisen ab, so findet sich bei beiden die wesentliche Gemeinsamkeit, dass sie um die Lösung der so genannten sozialen Frage der Arbeiterschaft intensiv bemüht waren. Konträrer hätten die von beiden konzipierten Lösungswege jedoch nicht sein können.
F. W. Raiffeisen, im kleinbäuerlichen Verhältnissen im Grenzland zwischen Westerwald und Siegerland aufgewachsen, erfährt die geordnete Welt einer Großfamilie, darin eine fundierte religiöse Erziehung, die nach seiner Volksschulzeit durch seinen Ortspfarrer bis zu seinem 17. Lebensjahr noch vertieft und späterhin durch Kontakte zu befreundeten Theologen noch intensiviert wird. Er erlebt zudem während seiner militärischen Ausbildung das strikt geführte preußische Staatswesen, so dass am Ende für ihn Kirche und Staat die für die Gesellschaft bestimmenden Autoritäten darstellen, nach deren Ansprüchen sich jeder zum Wohl Aller zu richten hat. Pflichterfüllung ist Raiffeisen also nachhaltig anerzogen worden, darunter nicht zuletzt der sozialethische Anspruch der christlichen Religion. Nicht anders ist sein aufs Äußerste angespannter sozialer Einsatz zu verstehen. Er beginnt damit in seinem ersten Bürgermeisteramt mit dem *„Weyerbuscher Brodverein"*, setzt dieses Engagement in seinem zweiten Amtsbezirk mit dem *„Flammersfelder Hülfsverein zur Unterstützung unbemittelter Landwirte"*, seiner ersten Genossenschaft, fort und baut auf dieser Basis von Neuwied-Heddesdorf ausgehend sein großartiges System der Darlehnskassen-Vereine auf. Gleichzeitig gilt dort seine Sorge der Arbeiterklasse, für deren soziale Absicherung er zusammen mit Fürst Wilhelm zu Wied in pionierhafter Weise ein anregendes Gedankengut entwickelt.
Die politischen Veränderungen in Deutschland nach 1848/49, vor allem die Gefahr eines drohenden gesellschaftlichen Umsturzes, wie Karl Marx und Friedrich Engels ihn forderten, müssen ihn mit Sorge erfüllt haben. Sein Menschen- und Gesellschaftsbild ist anders als es die Vertreter des revolutionären Gedankengutes, wie Marx, Engels, Bebel und Liebknecht,

anstrebten. Politischer und wirtschaftlicher Umsturz mit dem Mittel der Zerstörung der bisher bestimmenden Strukturen ist für ihn undenkbar. Das christliche Menschenbild, das die Grundrechte des Einzelnen respektiert, ist für ihn bei aller Sorge um eine sozial ausgewogene Gesellschaft bestimmend. Noch ist zwar zu seiner Zeit das System der christlichen Gesellschaftslehre nicht wissenschaftlich erfasst und etabliert. Dies bleibt dem 20. Jahrhundert vorbehalten. Aber Persönlichkeiten wie Emmanuel Ketteler, der Arbeiterbischof, Adolf Kolping, der große Fürsorger der auf sich gestellten jungen Handwerker und Industriearbeiter, Heinrich Wichern, der Helfer sozial benachteiligter Jugendlicher, und andere legen deutlich dar, wie sehr sie den wirtschaftlichen Umsturz und in dessen Folge die totale gesellschaftliche Veränderung als falsch beurteilen. Ihr eigener sozialer Einsatz unterstreicht ihre Denkweise.

Raiffeisen kann und muss in diese Gruppe als Mahner, Warner und aktiver Helfer mit einbezogen werden. Dies beweisen neben seinem Lebenswerk, den Genossenschaften, u. A. verschiedene schriftliche Nachlässe, Redeprotokolle und Notizen von Zeitzeugen. Seine Warnungen vor dem politischen und gesellschaftlichen Umsturz sind mit dem verstärkten Auftreten der sich formierenden revolutionär gesonnenen Parteien nach der deutschen Reichsgründung von 1871 ursächlich in Verbindung zu bringen. War der Wucher für ihn der Antrieb zur Gründung von Genossenschaften, so sind es späterhin zusätzlich die Parteien mit sozialistischem Gedankengut in ihren Programmen, die ihn zum Mahner und Warner werden lassen.

Auffallend ist, dass Raiffeisen auf die von den „Umsturzparteien" nach seiner Überzeugung ausgehende Gefahr vermehrt erst ab der Reichsgründung von 1871 hinweist. Dies dürfte konkret in der fortschreitenden Etablierung der Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten begründet sein, die er pauschal und ohne Differenzierung als „Umsturzpartei" bezeichnet und deren zum Teil sehr wohl auch gemäßigte Tendenzen er bemerkenswerter Weise unberücksichtigt lässt. Der Begriff der „Umsturzparteien", der dem renommierten Geschichtsforscher Theodor Mommsen zugeordnet wird, ist ihm also geläufig. Dass er ihn häufiger verwendet und dies geradezu in emotionaler Weise, zeugt davon, wie aufmerksam und engagiert er die politischen Gegebenheiten seiner Zeit beobachtet.

Einige Beispiele[1], zeitlich geordnet, mögen belegen, wie sehr er die Bestrebungen zur Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft mit den Mitteln des Umsturzes ablehnt. Dabei ist sein christliches Menschenbild, wenn auch unausgesprochen, spürbar:

1.

1865 bemerkt Raiffeisen in einem Schreiben an den Königsberger Professor Eduard Golz:

„Schon vor 16 Jahren (Anm.: also zum Zeitpunkt der Gründung des „Flammersfelder Hülfsvereins) *waren mir die kommenden Zustände klar. Ich hatte schon damals die Überzeugung, dass nur durch ein entschlossenes Vorgehen des gutgesinnten Theiles der Bevölkerung in einer festen Organisation den Bestrebungen der Umsturzparthei entgegen gewirkt werden könne."*

Statt der Not leidenden Landbevölkerung Aufstand und Revolution zu predigen, wie es der Umstürzler Marx tat, appelliert Raiffeisen bei wirtschaftlich Bessergestellten, um den Hülfsverein gründen zu können, an deren Bereitschaft zur Hilfeleistung, die in der christlichen Sozialethik Grund gelegt ist, und er hat Erfolg.

Es stellt sich außerdem die Frage, ob Raiffeisen, bedingt durch die aktuellen Ereignisse der Jahre 1848 und 1849, einen Teil der damaligen Freiheitsbewegung im Umfeld der Frankfurter Nationalversammlung schon so früh mit dem Gedankengut der sich formierenden „Umsturzparteien" in Verbindung bringen wollte. Hatte er schon die Marx - Engel`sche Schrift „Das Kapital" kurz nach ihrem Erscheinen zur Kenntnis genommen und deren Brisanz einzuschätzen gewusst?

---

[1] Anmerkung: Alle verwendeten Zitate entstammen den in Fürstlich Wiedischen Archiv Neuwied aufbewahrten Raiffeisen-Dokumenten. (Bestand FWA 112/8/1).

2.
Am 25. März 1873 wendet sich Raiffeisen an Fürst Wilhelm zu Wied, Klage darüber führend, dass preußische Staatsbeamte, die sich bei den Darlehnskassen-Vereinen sozial engagieren, gemaßregelt und unter Druck gesetzt werden: *„Besonders wird aber dadurch die Erbitterung gegen die Staatsregierung gesteigert und der verderblichen Agitation der sozialdemokratischen Parthei in die Hände gearbeitet."*
Wenn demnach der Staat soziales Engagement zum Wohl der Allgemeinheit behindert, so muss nach Raiffeisens Ansicht ein Zulauf zu einer „Umsturzpartei" die Konsequenz sein. Über Jahre hinweg wird Raiffeisen beispielsweise beim Aufbau seines Genossenschaftswerkes durch die Königlich Preußische Bezirksregierung Koblenz gehindert, in der Sache vertreten durch Regierungsrat Nöll, der stattdessen *„selbst nichts Besseres"* an Stelle der Darlehnskassen-Vereine aufzuweisen hat.

3.
In seinem Schreiben vom 27. November 1873 an Fürst Wilhelm zu Wied befasst sich Raiffeisen mit der aktuellen Wirtschaftslage in Deutschland, unter der nach seinen Beobachtungen vor allem die Industriearbeiter zu leiden hätten: *„ (...) Es haben jetzt schon Arbeitseinstellungen und Lohnverminderungen massenweise stattfinden müssen und es wird dies noch in viel größerem Maße geschehen. Die Noth der Arbeiter (...) wird aufs Höchste steigen und es wird die sozialdemokratische Parthei ein Feld für ihre Thätigkeit finden, wie es wohl noch nie dagewesen ist."*
Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft zu schüren, wäre nach Raiffeisens Auffassung demnach als eine Methode zur Eigenwerbung seitens der sozialdemokratischen Partei genutzt worden.

4.
Am 27. November 1877 äußert sich Raiffeisen Fürst Wilhelm zu Wied gegenüber besorgt um die zunehmende Zahl der Reichstagsmandate für die „Sozialdemokratische Parthei" und rät dringend dazu, *„die Aufmerksamkeit mehr als bisher von vielen Seiten geschehen ist, auf die Darlehnskassen-Vereine und deren Grundsätze zu lenken, welche mehr geeignet sind, den verderblichen Auswüchsen der Gesellschaft entgegen zu wirken als dies Gesetz und Gewaltmaßnahmen vermögen. (...) Zur richtigen Beurtheilung wird es nöthig sein, die Angelegenheit weniger vom juristischen, sondern vom wirthschaftlichen oder noch besser, vom politischen Standpunkte zu betrachten."*
Raiffeisen dürfte sich demnach die Frage gestellt haben: Sollte nicht ein Verbot der „Umsturzparteien" per Gesetz zum genannten Zeitpunkt schon Gegenstand von Erwägungen der Regierung sein? Sind diese Umsturzparteien, da sie sich als nicht als staatstragend erweisen, zu verbieten? Im Oktober 1878 wird das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", kurz „Sozialistengesetz", verabschiedet. Seine Bestimmungen gelten bis 1890. Nach der Entlassung Bismarcks als Reichskanzler verliert es seine Gültigkeit.

5.
In einem Schreiben aus dem Jahr 1881 an Hugo Thiel, Regierungsrat im preußischen Landwirtschaftsministerium, der ihm stets ein hilfreicher Ansprechpartner beim Aufbau der Genossenschaften war, warnt Raiffeisen:
„Man vergisst (...) gar zu leicht den Hauptfaktor, das Volk selbst. Dieses zwangsweise zum Besseren zu bekehren, ist unmöglich. Nur sittlich-religiöser Einwirkung kann dies gelingen. Jeder Zwang bewirkt das Gegentheil von dem, was beabsichtigt wird. Er treibt gewaltsam in das Lager der Umsturzparthei."
Kommentierend lässt sich sagen:

a) Anlass des Schreibens ist nach Raiffeisens Ansicht ein zu starker Staatsdirigismus gegenüber den Darlehnskassen-Vereinen. Er wehrt sich im konkreten Fall gegen die im Genossenschaftsgesetz vorgeschriebene Teilhaftung der Mitglieder an Stelle der von ihm praktizierten Gesamthaftung.
b) Raiffeisen betont des Öfteren, so auch im vorliegenden Brief, die Bedeutung der religiösen Erziehung. Diese vermittele die Bereitschaft zur solidarisch organisierten Hilfeleistung, die seinen Genossenschaften zu Grunde liegt.

6.
In seiner „Denkschrift" aus Anlass der Gründung einer *„Generalbank"* für die Darlehnskassen-Vereine im Jahr 1876 analysiert Raiffeisen die Lage der Arbeiterklasse:
„Der Nothstand steigt mit der in erschreckender Weise zunehmenden Höhe der Preise aller nothwendigen Lebensbedürfnisse. (...). Ein Großtheil der Arbeiterklasse kennt jetzt schon keine Grenzen mehr in den Ansprüchen aller Art, (...) und wird, je mehr er erlangt, auch in dieser Beziehung, dem Beispiel der Reichen folgend, umso unersättlicher werden. Immer mehr losgelöst von den verblendeten, immer mehr dem eigenen Vortheil nachjagenden besitzenden Klasse, immer mehr isoliert, bietet sie das vortrefflichste Feld für die verderbliche und von Tag zu Tag gefährlicher werdenden Unterwühlungen der Umsturzparthei. Diese schürt emsig das Feuer. (...) Der namentlich in den unteren Volksschichten immer stärker werdende Genossenschaftstrieb, besonders hervorgerufen durch ihre isolierte Stellung, durch die vorhandenen Nothstände und durch das der Menschenwürde entsprechende und durchaus berechtigte Bestreben jedes Einzelnen, eine Gelegenheit zu haben, sich eine bessere Lebensstellung erringen zu können, wird von der Umsturzparthei in der schamlosesten und verderblichsten Weise zu ihren Zwecken benutzt."
Raiffeisen verwendet den Begriff „Genossenschaftstrieb" hier irreführend: Die Not leidende Arbeiterschaft könnte sich als Gruppe, nicht als Genossenschaft, begreifen, die in Gemeinschaft mit Gewalt und Umsturz ihre Situation zu verbessern sucht. Erneut stellt sich heraus: Die gezielte Weckung von Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse ist nach Raiffeisens Auffassung demnach ein geschickter Schachzug der Umsturzpartei, um neue Anhänger zu gewinnen.

7.
In seinem vom preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erbetenen Bericht zur sozialen Situation der oberschlesischen Bevölkerung aus dem Jahr 1880 weist Raiffeisen ein weiteres Mal auf die für den Staat und die Gesellschaft von den Umsturzparteien ausgehende Gefahr hin. Der Anlass dazu ist nach seinen Beobachtungen in den unzureichenden Löhnen gegeben, die in der im Aufbau befindlichen Großindustrie und auch bei den Domänen und im privaten ländlichen Großgrundbesitz gezahlt werden:
„Die Arbeiterschaft wird von der Herrschaft im Arbeitslohn übervortheilt", (so dass sie gezwungen ist,) *„sich Erzeugnisse (...) widerrechtlich anzueignen. Auf diese Weise kann unmöglich das rechte Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herbeigeführt werden. Das führt zu Unzufriedenheit und Erbitterung, namentlich in der Arbeiterbevölkerung, und lässt so in dieser die Umsturzparthei eines der fruchtbarsten Felder finden, was in kritischen Zeitverhältnissen äußerst gefährlich ist."*
Raiffeisen stellt damit deutlich dar, welche Gefahr in sozialer Ungerechtigkeit steckt. Schon in seinem 1866 erschienenen Buch über die genossenschaftlich organisierten Darlehnskassen-Vereine thematisiert er die Gefahr für den Bestand von Staat und Gesellschaft entstehen könnte, wenn Armut zu gesetzwidrigem Verhalten führt:
„Wird der Mensch lose (d. h. wenn ihm das Nötigste zum Leben fehlt), *so wird er böse."*

Resümee:

1.
Raiffeisen wird mit Gewissheit durch den großen Förderer und Befürworter seiner Genossenschaften, Fürst Wilhelm zu Wied, schon früh darüber Kenntnis gesetzt worden sein, dass die Reichsregierung unter Kanzler von Bismarck in den 1880er Jahren Vorbereitungen zur Verabschiedung der Sozialgesetze traf, die ab 1883 der Arbeiterschaft eine erste soziale Absicherung garantierten. Beide Gesetzeswerke, das Sozialistengesetz und die ersten Sozialgesetze, mögen Raiffeisen in seiner Sorge um Staat und Gesellschaft beruhigt haben. Jedenfalls fehlen in seinem Nachlass nach 1880 seine fast als stereotyp zu bezeichnenden Mahnungen und Warnungen vor den „Umsturzparteien".
2.
Noch bis zu seinem Tod am 11. März 1888 wird Raiffeisen nicht müde, den großen erziehlichen Wert seiner Darlehnskassen-Vereine heraus zu stellen. Mit deren Hilfe kann sich in gemeinschaftlicher, genossenschaftlich organisierter Selbsthilfe die soziale Situation breiter Bevölkerungsschichten verbessern.
Diese Vorstellung äußert er bereits in seinem Schreiben an Professor Goltz[2] aus dem Jahr 1865. Er strebe danach, ***„Genossenschaften"*** zu gründen, ***„welche auf christlichen Grundsätzen beruhen, eine Organisation, welche die christliche Solidarität zur Wahrheit machen soll, eine Organisation, innerhalb welcher alle Schichten der Bevölkerung friedlich und brüderlich zusammenarbeiten sollen, um den herrschenden Nothstand in jeder Beziehung möglichst zu beseitigen."***
15 Jahre später beendet Raiffeisen den vom preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gewünschten Bericht über seine Oberschlesienreise mit der Bemerkung:
„Nach den bisherigen Erfahrungen kann kein Zweifel mehr darüber vorhanden sein, dass die Organisation der Darlehnskassen-Vereine (...) vermöge ihres Charakters auch den Bestrebungen der Sozialdemokratie am erfolgreichsten begegnen könne."

[2] Fürstlich Wiedisches Archiv, a.a.O.